

Joachim Bischoff, Björn Radke und Axel Troost

Die Integration Chinas in die Weltwirtschaft aufhalten?

Corona-Krise, Pekings Aufstieg und die globale Ökonomie: zur Decoupling-Strategie der USA

Die Forderung der Trump-Administration nach der Bildung einer »breiten Allianz« gegen China stößt in Europa bislang auf skeptische Reaktionen. In Deutschland stößt vor allem Washingtons Bestreben, eine ökonomische Entkopplung (»decoupling«) zwischen den Vereinigten Staaten und China zu erzwingen, auf Widerspruch: Die Integration der Volksrepublik China in die Weltwirtschaft könne nicht zurückgedrängt werden.

China war das erste Land, bei dem die Corona-Pandemie mit einem umfassenden Lockdown beantwortet wurde. Durch die dadurch ausgelöste Wirtschaftskrise wurde die chinesische Ökonomie einer massiven Belastung ausgesetzt und hatte einen historischen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivitäten von 6,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu verarbeiten. Zum ersten Mal seit Beginn der offiziellen Aufzeichnungen im Jahr 1992 hatte China im ersten Quartal ein negatives Wirtschaftswachstum verzeichnet. Im zweiten Quartal meldete China allerdings wieder eine positive Wachstumsrate von 3,2 Prozent. Die Industrieproduktion wuchs im Juli um 4,8 Prozent. Die Investitionen in Maschinen, Fabriken und andere Anlagen erholten sich ebenfalls, lagen im Juli aber immer noch um 1,6 Prozent unter den Januarwerten.

Die politische Führung pumpfte Hunderte Milliarden in die heimische Wirtschaft, um die Corona-bedingten Rekordverluste im Exporthandel zu lindern und die Folgen des eigenen Corona-Shutdowns abzumildern. Sie setzte Steuern aus und erleichterte den Zugang zu Krediten. Die Führung verspricht, neun Millionen Arbeitsplätze in den Städten zu schaffen und verbreitet Optimismus, dass diese Maßnahmen zu einem weiteren Aufschwung in der Industrie und im Baugewerbe führen und dazu beitragen, die Flaute auf dem Arbeitsmarkt aufzufangen.

Die chinesische Wirtschaft hat der Covid-19-Pandemie standgehalten, so die Botschaft der chinesischen Regierung. Die stabile und langfristige gute Basis der chinesischen Wirtschaft sei unverändert. Die Ökonomie sei zu einer stabilen Tendenz zurückgekehrt, was auch für die Weltwirtschaft vorteilhaft sei.

Die aktuelle Erholung lässt sich auf eine wirksame Koordinierung von Prävention und Kontrolle der Epidemie einerseits und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung andererseits zurückführen. Auch wenn chinesische Stellen in der Anfangsphase das Problem vertuscht und etliche Fehler gemacht haben – durch gemeinsame Anstrengungen des ganzen Landes ist es China insgesamt gelungen, die Epidemie wirksam zu kontrollieren und die Wiederaufnahme der Produktion zu fördern, so dass sich die Wirtschaft wiederbeleben konnte. Adam Posen, Direktor am Peterson Institute for International Economics in den USA, wies darauf hin, dass die chinesische Regierung rechtzeitig wirksame Maßnahmen insbesondere im Bereich der öffentlichen Gesundheit ergriffen habe, um auf die Epidemie zu reagieren. Dies sei der Schlüssel zur raschen wirtschaftlichen Erholung.

Ein Schlüsselproblem ist weiterhin der Beschäftigungssektor. Die Arbeitslosenquote lag im Juni offiziell bei 5,7 Prozent, ein Rückgang von 0,2 Prozentpunkten gegenüber Mai. Und auch damit steht China, soweit man den Zahlen trauen kann, besser da als die meisten Länder der Welt, da insgesamt 1,6 Milliarden Arbeitslose an die Internationale Arbeitsorganisation ILO gemeldet wurden. In den zurückliegenden Jahren hat sich mit

dem rasanten Aufstieg Chinas zwar die Lebenslage vieler Beschäftigter verbessert, aber Millionen Chinesen haben an diesem Aufschwung nur wenig partizipiert. Viele schlagen sich als Tagelöhner und Wanderarbeiter durch. In der Covid-19-Krise leben sie von der Hand in den Mund.

Exporte und Importe der größten Handelsnation lagen im Juni erstmals wieder im Plus. Die Ausfuhren in US-Dollar stiegen um 0,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Einfuhren wuchsen unerwartet stark um 2,7 Prozent. Chinas Zoll-Sprecher Li Kuiwen warnte aber gleichzeitig vor »einer düsteren und komplizierten Situation in der zweiten Jahreshälfte«. Trotz der Besserung muss sich Chinas Wirtschaft nämlich weiter auf schwer kalkulierbare Risiken einstellen. Experten nennen die Ungewissheiten durch die Streitigkeiten zwischen den USA und China im Handel und im Technologiesektor sowie den anhaltenden Rückgang der Weltwirtschaft.

Die chinesische Wirtschaft ist seit der internationalen Finanzkrise 2008 zu einer wichtigen Triebkraft der Weltwirtschaft geworden. In der Corona-Krise wird es eine entsprechende Lokomotiv-Funktion nicht geben. Anders als nach der Finanzkrise 2008, als China nicht nur die Stimulierung der nationalen Wirtschaft übernahm, sondern die Impulse auch den Rest der Welt aus der wirtschaftlichen Schieflage zogen. Nationale Kredite von mehr als 500 Milliarden US-Dollar – 13 Prozent der damaligen Wirtschaftsleistung – brachten die heimische Wirtschaft damals auf Trab. Das war genug, um die Nachfrage in China so stark anzukurbeln, dass auch andere Länder davon profitierten.

Peking macht zwar auch heute wieder milliardenschwere Hilfen locker, um die angeschlagene Konjunktur auf die Beine zu bringen. Das Gesamtpaket ist nach Analystenschätzungen sogar etwas größer als damals. Doch Chinas Wirtschaftsleistung hat sich seit der Finanzkrise nominal fast verdreifacht(!). Demnach müsste ein äquivalentes Hilfspaket rund 1,5 Billionen Dollar schwer sein. Die Corona-Hilfen bleiben also hinter denen in der letzten Krise deutlich zurück. Der Grund: Ein geschätzter öffentlicher und privater Schuldenstand von mehr als 300 Prozent des BIP und die massiven Handels- und Wirtschaftskonflikte legen eine Konzentration auf die Binnenwirtschaft nahe.

Schon auf dem Nationalen Volkskongress wich das Regime von seiner Praxis ab und setzte »wegen der großen Unsicherheiten« durch die Corona-Krise kein Wachstumsziel. Da war bereits bekannt, dass Chinas Wirtschaft in den ersten drei Monaten dieses Jahres so stark eingebrochen war wie seit 28 Jahren nicht mehr. Bis vor Kurzem hatte die Partei- und Staatsführung noch ganz andere Pläne. Wenn das 19. Jahrhundert ein britisches war und das 20. Jahrhundert ein amerikanisches, dann sollte das 21. Jahrhundert China gehören. Und tatsächlich bewegte sich die von der Kommunistischen Partei strikt regierte und kontrollierte Nation schier unaufhaltsam aufwärts. Wachstumsraten im hohen einstelligen bis niedrigen zweistelligen Prozentbereich halfen zig Millionen Chinesinnen und Chinesen aus der Armut, schufen die größte Mittelschicht der Welt, machten China in zukunftssträchtigen Branchen von Mobilfunk bis Mobilität zu Vorreitern weltweit. Es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis das Land mit seinen 1,4 Milliarden Menschen seinen ärgsten Rivalen, die USA, einholen und übertrumpfen würde. Mit der Corona-Pandemie sind diese ehrgeizigen Zukunftspläne eingetrübt.

China will, wie der industriepolitische Ansatz »Made in China 2025« zeigt, künftig einen Schwerpunkt auf die Binnenwirtschaft legen, um damit die Produktivität – und schließlich das Wirtschaftswachstum – anzutreiben. Offen ist bislang, wie Chinas Führung die großen Staatskonzerne in die sozialistische Warenproduktion – bislang der Ordnungsrahmen für die private Ökonomie – einbinden kann. Die zentral gesteuerten und von Marktbewegungen abgeschirmten staatlichen Konzerne sind sehr subventionsabhängig und weisen eine geringere Dynamik in der Produktivitätsentwicklung auf.

Dieser politisch angestrebte Strukturwandel der chinesischen Wirtschaft bedeutet auch, dass die Konsumentinnen und Konsumenten und damit der Binnenmarkt für die weitere Entwicklung zu Schlüsselfaktoren werden. Zudem ist es erklärtes Ziel der chinesischen Staats- und Parteiführung, den Sozialstaat auszubauen. Bis jetzt sind viele Chinesinnen und Chinesen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Unfällen vor allem auf ihre eigenen Ersparnisse angewiesen, um die schwierige Lage zu meistern. Wenn im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung China künftig den Sozialstaat und den Schutz vor den Unbilden des Lebens ausbaut, müssen die Chinesinnen und Chinesen für solche Ereignisse weniger sparen.

Solange dieser Strukturwandel noch in den Anfängen steckt, wird die chinesische Wirtschaft deutlich mehr unter den eingeführten Strafzöllen leiden als beispielsweise die US-Wirtschaft, da sie noch exportabhängig ist. Die zunehmende Bedeutung der chinesischen Verbraucherinnen und Verbraucher für das Wachstum führt dazu, dass die Herstellerinnen und Hersteller des Landes mehr im Inland und weniger an den weltweiten Markt verkaufen. So wird China heute unabhängiger vom weltweiten Export und der Rest der Welt wird stärker von Chinas Wirtschaft abhängig.

Der Aufstieg Chinas wird weitgehend auf seinen Staatskapitalismus zurückgeführt, wobei die mit großem Vermögen ausgestattete Regierung eine weitreichende Industriepolitik betreiben und eingreifen kann, um Risiken zu mindern. Dementsprechend soll China seinen Erfolg in erster Linie der »Kontrolle« der Regierung über die gesamte Wirtschaft verdanken. Diese Erklärung ist problematisch. Es ist richtig, dass China von einer Regulierung profitiert, die in der Lage ist, umfassende und komplementäre Politiken effizient umzusetzen. Chinas Regierungschefs, die nicht den kurzen Wahlzyklen unterworfen sind, die für westliche Demokratien typisch sind, können sich an einer visionären und umfassenden langfristigen Planung beteiligen, die sich in ihren Fünfjahresplänen widerspiegelt. Diese Ausrichtung ist entscheidend, um Chinas raschen Fortschritt in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung zu ermöglichen. Langfristige Planung kombiniert mit regulierter Marktwirtschaft ist das Geheimnis der Strukturreformen. Es ist diese langfristige Strategie, die den Kern des jahrzehntelangen rasanten Wirtschaftswachstums des Landes bildet. Chinas Rolle in der Weltwirtschaft wird immer wichtiger und stellt die liberale Wirtschaftsordnung anglo-amerikanischer Prägung in Frage.

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA sind so schlecht wie nie seit Aufnahme offizieller Beziehungen vor 41 Jahren. Der eskalierende Kurs gegenüber der chinesischen Partei- und Staatsführung wird von der politischen Oberschicht der USA in Washington breit getragen. Die geplanten Gespräche mit China zur Überprüfung der erzielten Fortschritte seit dem Abschluss eines Teilhandelsabkommens im Januar hat das Weiße Haus bis auf Weiteres abgesagt. Mit Blick auf die Pandemie, die ihren Ursprung um den Jahreswechsel in China genommen hatte, sagte Trump: »Ich will jetzt nicht mit ihnen verhandeln. Nach dem, was sie diesem Land und der Welt angetan haben, will ich jetzt nicht mit China sprechen.« Die Sanktionsgesetze beispielsweise durchliefen den Kongress einstimmig.

Seit den 1970er Jahren war überparteilich in den USA und im »Westen« eine Politik des Austauschs oder Freihandels verfolgt worden, um über den Handel die VR China in die internationale Gemeinschaft einzubinden. China werde sich mit zunehmender Integration in die Weltwirtschaft öffnen und auch politisch liberalisieren, lautete die Vision, die von amerikanischen und europäischen Politikern über Jahrzehnte hochgehalten wurde. Sie hatte einen deutlichen blinden Fleck: China ist vor dem Hintergrund einer erfolgreichen wirtschaftlichen Wachstums- und Modernisierungspolitik zu einer aufstrebenden

Weltmacht herangereift. Das Land hat mit zunehmender Integration in die Weltwirtschaft den Binnenmarkt geöffnet, dies allerdings nur selektiv und es hat sich auch nur begrenzt im politischen Raum und der Zivilgesellschaft liberalisiert. Die innergesellschaftliche Kontrolle und Repression bleiben die Schattenseite des Systems. Aber mit Druck von außen lässt sich eine Demokratisierung nicht erzwingen.

Noch vor vier Jahren verbot die US-Regierung dem Pentagon, das Verhältnis zu China öffentlich als Großmächte-Rivalität zu bezeichnen, man verfolgte das bekannte Wunschbild eines »Wandels durch Annäherung und Tausch«. Mit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ist »America first« und damit auch die Erneuerung der Weltmachtstellung und das Decoupling von China zur politischen Strategie erhoben worden. Ein demokratischer Präsident Joseph Biden würde zwar sicherlich auf Trumps eigenwilligen Stil verzichten, die Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik auf ein Kräftemessen mit China würde aber wohl weiterlaufen. Jedenfalls ist aktuell Konfrontation seitens der USA angesagt. Die ideologische Botschaft: Die USA bieten dem Reich der Mitte und seinen Expansionsbestrebungen die Stirn. Vergessen scheint, dass Präsident Trump noch im Januar verkündet hatte, dass »Amerikas Verhältnis zu China so gut ist wie lange, lange Zeit nicht mehr«, nachdem die zwei Länder eine Vereinbarung über die erste Phase eines Handelsabkommens unterzeichnet hatten.

Der Kontrast zwischen den USA und China könnte nicht größer sein. Europa hat die Ausbreitung des Coronavirus noch nicht im selben Maß unter Kontrolle gebracht wie China, steht aber deutlich besser da als die USA. Zunehmend gerät Europa in diesem Konflikt der beiden Großmächte zwischen die Fronten. Die USA verlangen von ihren Partnerländern, China mit der gleichen Skepsis zu begegnen wie Washington, etwa mit Blick auf den Technologiestandard 5G. Die englischsprachige »The Global Times«, ein Sprachrohr der chinesischen Regierung, kommentierte jüngst, Europa solle sich nicht von den USA instrumentalisieren lassen. In der Tat: Die amerikanische Konfrontation mit China ist kein Gewitter, das sich mit einer Abwahl Trumps verziehen wird, sondern eher ein dauerhafter Trend. Dies zwingt Europa zum Umdenken und den Westen insgesamt zu neuen Strategien.

In der Zeit der Koexistenz der früheren Weltmächte haben wir gelernt, dass gesellschaftlicher Wandel nur durch Austausch und Kooperation vorankommt. Wirtschaftssanktionen haben sich in vielen Fällen als untauglich erwiesen und autoritäre Regime eher noch gestärkt als geschwächt. Eine vermeintliche Politik der Stärke kann sich leicht als Politik der Schwäche herausstellen. Auf der anderen Seite sind chinesische Menschenrechtsverletzungen wie die Unterdrückung der Uiguren, die stark eingeschränkte Meinungsfreiheit oder das auf Anweisung von Peking durchgedrückte Sicherheitsgesetz in Hongkong so gravierend, dass sie nicht ignoriert werden können. Kooperation mit China heißt daher nicht Verzicht auf Kritik an der Entwicklung in China. Die europäische China-Politik muss aber dem Grundsatz der friedlichen und kooperativen Koexistenz verpflichtet sein und dementsprechend in die sich verschärfende Konfrontation zwischen den USA und der Volksrepublik China eingreifen. Wie sonst sollte es eine Lösung für drängende globale Fragen wie Abrüstung, Klimaschutz und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung geben?

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«, für die Björn Radke als Redakteur arbeitet. Axel Troost ist Finanzpolitiker und stellvertretender Vorsitzender der Linkspartei.